

Linke und SPD gegen CO2-Speicherung

erstellt 23.09.10, 13:12h

Magdeburg/dpa. Linkspartei und SPD haben sich klar gegen die Verpressung von Kohlendioxid aus Braunkohlekraftwerken in der Altmark positioniert. Beide Landtagsfraktionen forderten die Landesregierung am Donnerstag auf, ein solches Ziel aus dem derzeit diskutierten Entwurf für den neuen Landesentwicklungsplan zu streichen. «CCS ist eine Technologie, die noch in den Kinderschuhen steckt und von der heute niemand sagen kann, welche Folgen sie hat», erklärte die SPD- Fraktionsvorsitzende Katrin Budde in Magdeburg. So könne niemand die Speichersicherheit garantieren. Daher gelte für die SPD: «Keine Experimente auf Kosten der Bürger in der Altmark.»

Linke-Raumordnungsexperte Uwe-Volkmar Köck begrüßte den «Sinneswandel der SPD» und kündigte für die nächste Landtagssitzung am 7./8. Oktober einen Antrag mit dem Ziel an, das Thema CO2- Verpressung bei der Aufstellung des Landesentwicklungsplanes außen vor zu lassen. Er unterstrich, dass seine Partei ganz entschieden gegen die Technologie sei.

Die Energiekonzerne Gaz de France und Vattenfall erwägen, den Klimakiller CO2 aus den Abgasen von Braunkohlekraftwerken in Brandenburg abzutrennen, zu verflüssigen und in früheren unterirdischen Gasspeichern in der Altmark zu lagern. Da noch kein Bundesgesetz zu einer solchen Technologie (Carbon Capture and Storage/CCS) vorliegt, hatten sie ihre Pläne im Frühjahr zunächst auf Eis gelegt. Vom Tisch sind sie aber nicht.

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1277470437436>'
